

Ihre Story, Ihre Informationen, Ihr Hinweis? feedback@20minuten.ch

ENTSCHEID ZU AKW MÜHLEBERG

28. März 2013 13:41; Akt: 28.03.2013 14:27

«Schrottreaktor gehört endlich vom Netz»

Das Atomkraftwerk Mühleberg hat trotz Sicherheitsmängeln eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten. Für Anwohner und Gegner ein inakzeptabler Entscheid. Sie hoffen auf die Volksabstimmung.



Der Anwalt der Anwohner des AKW Mühleberg, Rainer Weibel, vor dem Bundesgericht in Lausanne.

Die Entscheidung des Bundesgerichts in Lausanne, dem Atomkraftwerk Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung zu erteilen, stösst auf heftige Kritik. «Das oberste Gericht gewichtet damit die Interessen der Betreiberfirma BKW höher als den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt», schreibt die Grüne Partei in einer Mitteilung. Es nehme - anders als das Bundesverwaltungsgericht vor einem Jahr - die Sicherheitsbedenken nicht ernst. Der Atomreaktor in Mühleberg sei ein untragbares Risiko. «Die Risse im Kernmantel, die ungenügende Kühlmöglichkeit und eine lange Liste weiterer von der Atomaufsichts-Behörde festgestellter Mängel lassen den Betrieb nicht länger zu.»

Die SP Bern greift ebenfalls zu klaren Worten. «Wir sind enttäuscht, dass der Schrottreaktor Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung erhält», sagt Parteipräsident Roland Näf. Man sei sicher, dass sich die für die Sicherheit der Bevölkerung dringend nötigen und vom Ensi eingeforderten Investitionen von mehreren hundert Millionen Franken nie mehr rentieren werden.

Wütend ist Rainer Weibel, Anwalt der 113 Anwohner des AKW Mühleberg: «Das Bundesgericht hat in Kauf genommen, dass die BKW die Sicherheitsgrenzen beim AKW Mühleberg aus wirtschaftlichen Interessen bis über die Schmerzgrenze hinaus ausreizen kann.» Dies dürfe der Bevölkerung nicht zugemutet werden. «Diese wird bis zur Ausserbetriebnahme weiter kämpfen», so Weibel.

Entscheid über Investitionen fällt erst

Anwohner, die Organisation Fokus Anit-Atom und Parteien hoffen nun auf das Berner Stimmvolk. Die Grünen erwarten von der Berner Regierung, den kürzlich vorgestellten Gegenvorschlag zur Initiative «Mühleberg vom Netz» deutlich zu verschärfen. Dieser sieht zurzeit noch einen Betrieb des AKW bis ins Jahr 2022 vor.

Der Berner Energiekonzern BKW sieht sich nach dem Bundesgerichtsentscheid vom Donnerstag noch nicht am Ziel. «Der Konzern ist daran, eine Auslegeordnung zu machen, um zu entscheiden, ob sich die von der Nuklearsicherheitsbehörde geforderten Nachrüstmassnahmen noch lohnen», heisst es. Die entsprechenden Arbeiten würden bereits seit einigen Monaten intensiv laufen. Der Entscheid, ob die Investitionen überhaupt getätigt werden sollen, fällt das Unternehmen voraussichtlich erst Ende Jahr.

(jep)

Die Volksinitiative

Voraussichtlich 2014 stimmen die Berner über eine Initiative zur Stilllegung des Kernkraftwerks ab. Die Initiative verlangt die sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks. Anfang März schickte die Berner Kantonsregierung einen Gegenvorschlag zur Initiative in die Vernehmlassung. Dieser sieht vor, dass das Werk so rasch wie möglich, spätestens aber 2022, vom Netz gehen soll. (jep)

117 Kommentare



Stefan Ypsilon am 28.03.2013 14:48

Der Einzige Sinnvolle Entscheid

wars natürlich das Kraftwerk weiter am Netz zu lassen. Da unsere Politiker eh keinen Mum haben sich gegen die EU durchzusetzen, würden wir über kurz oder lang extrem teuren Strom aus der EU einkaufen müssen (Kohlestrom aus DE z.B.). Die Wasserkraftwerke sind keine Alternative, da viele einheimische Fische sowieso schon kaum mehr natürlichen Lebensraum haben. Kein Atomgegner konnte mir bis jetzt eine wirkliche Alternative zum Atomstrom geben. Aber Leute nur dagegen sein bringt nichts! Und anderen alles nachplappern egal wie dumm es ist, ebenfalls nicht!

gekotzt am 28.03.2013 13:11

Eigene Interessen

Kanton Bern ist Mehrheitsaktionär der BKW, das sagt schon alles!

Tom K. am 28.03.2013 13:10

Atomterror

Bereits jetzt erpresst die BKW den Kanton und Leute mit Schadenersatzklagen, falls das Werk zeitig, die Produktion aufgeben müsste, z.B. durch Initiative oder Gegenvorschlag der Regierung. Dass dabei die Existenz von 400000 Menschen auf dem Spiel steht ist, ist Nebensache und unkontrollierbarer radioaktiver Müll ist jetzt mal ausgeklammert.

⌵ Alle 117 Kommentare